

Deutschnationaler, Volksparteier, Wirtschaftsparteier oder Zentrumsliste sein, bis auf den letzten Mann von ihrem Wahlsrecht Gebrauch machen und eine tragfähige bürgerliche Mehrheit zuhandeln. Nur eine solche Mehrheit ist imstande, einen Rückfall in die radikalsozialistische Unruhe und Unheilwirtschaft zu verhindern und die großen gesellschaftlichen Aufgaben auf finanziellem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet, die im nächsten Landtage der Erledigung harren, mit dem erforderlichen Maße von Sachlichkeit durchzuführen. Insofern ist die Lage in Sachsen genau so, wie sie im Reich im November 1923 war, als die Deutsche Volkspartei die erst von ihr selbst gearänderte Große Koalition sprengen mußte, weil sie zu der Erkenntnis gekommen war, daß die neuer- und wirtschaftspolitischen Gesetze nur mit bürgerlicher Hilfe verabschiedet werden konnten, aber nicht mit der radikalisierten Sozialdemokratie.

Das Ziel ist also klar und scharf umrissen: Die Erringung einer bürgerlichen Mehrheit ist aller politischen Weisheit letzter Schluss. Gegenüber dieser einen alles überragenden Notwendigkeit müssen alle anderen Rücksichten und Erwägungen in den Hintergrund treten. Auch die Frage, wie sich die künftige Landesregierung gestalten soll, ob vielleicht doch Verhältnisse eintreten könnten, die eine neue Koalition mit den Altsozialisten ratum erscheinen lassen würden, darf nicht von der Einsicht ablenken, daß es vorerst ganz ausschließlich auf die bürgerliche Mehrheit ankommt, und daß auch die Regierungsabstimmung eine spätere Angelegenheit ist, deren gezielte Erledigung auf keine andere Weise gesichert werden kann als durch das Vorhandensein einer geschlossenen bürgerlichen Front. Auch die Tatsache, daß die Koalition der Deutschen Volkspartei und der Demokraten mit den Rechtssozialisten im Durchschnitt passable Erfolge erzielt hat, darf keine Verwirrung der Begriffe darüber herbeiführen, daß in dieser Koalition der sozialistische Einfluß zu stark gewesen ist, und daß dies nur geschehen konnte durch eine unangebrachte bürgerliche Nachsicht gegenüber dem unberechtigten sozialistischen Anspruch auf Vorherrschaft. Das muß in Zukunft unbedingt verhindert werden, falls wirklich wieder eine Koalition zustandekommen sollte, und das kann nur verhindert werden, wenn eine kompakte bürgerliche Mehrheit der sozialistischen Gegenseite gegenübersteht, weil nur dann das Bürgerium in der Lage ist, den Spielraum, den die Sozialdemokratie in der Koalition haben soll, selbst zu bestimmen. Es heißt aber, einen beträchtlichen Teil der bürgerlichen Kampfkraft und Siegesverpflichtung vornehmlich abzugeben und den Plan der bürgerlichen Wahlaktion schwächen, wenn man mit der vorgeschlagenen Koalition in den Kampf geht, das es auf jeden Fall wieder eine Koalition geben müsse. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die bürgerlichen Wähler müssen von dem ernsten und festen Willen getragen sein, den Beweis zu erbringen, daß auch im heutigen Sachsen noch eine rein bürgerliche Regierung möglich ist, die durch ihre Taten zeigt, wie grundfalsch die von radikaler Seite aufgestellte Behauptung ist, daß eine Regierung ohne Sozialdemokratie gleichbedeutend sei mit einem arbeitfeindlichen Kurs. Was in unserem Nachbarlande Thüringen und in anderen deutschen Ländern möglich ist, das wird doch schließlich unser deutsches Bürgerium auch noch zuhandeln können. Es käme ja einer Abdankung des bürgerlichen Selbstbewußtseins gleich, wenn

man das Streben nach einer rein bürgerlichen Regierung nicht mit der Ermöglichung einer bürgerlichen Mehrheit verbinden wollte. Die Notwendigkeit einer bürgerlichen Regierung ohne sozialistischen Einfluß tritt um so stärker in Erscheinung, je mehr die Möglichkeit einer Koalition mit dem radikalen Sozialismus, der nach menschlichem Ermessen gegenüber den Altsozialisten das Feld behaupten wird, in nebelgrauer Ferne entwindet. Insofern hat der bürgerliche Wahlkampf einen ausgesprochen antimarxistischen Charakter, d. h., er ist gegen die Sozialdemokratie in ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Einstellung, wie sie der ganz im Klassenkampf aufgehende Sozialismus auf seine Fahne geschrieben hat, gerichtet. Der deswegen von sozialistischer Seite erhobene Vorwurf, daß die bürgerliche Wahlbewegung selbst Klassenkämpferisch eingestellt sei, ist durchaus unbedeutend, weil sich die bürgerliche Gegnerschaft nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern lediglich auf eine marxistische Sozialdemokratie, die den gesamten Bestand der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung negiert und auf ihren Trümmern den Zukunftsstaat errichten will. Das Wort, daß Sachsen eine sozialistische Republik sei, wie wir es unter der radikalen Herrschaft oft genug hören mußten, darf nicht wieder von leitender Stelle gesprochen werden. Dafür müssen die bürgerlichen Wähler sorgen.

Die höchste Stelle im Wahlkampf verlangt aber von allen bürgerlichen Parteien ein ungewöhnliches Maß von parteipolitischer Selbstenkennung zugunsten der überragenden gemeinsamen Idee. Man wird deshalb gut tun, die bürgerliche Volkemut untereinander möglichst ganz einzustellen, und sie da, wo ein kritisches Wort unvermeidlich erscheint, in einer so untadeligen Form zu führen, daß keine berechtigten Empfindungen bei dem angegriffenen Teile verletzt werden können. Alle Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien dürfen nur in solcher Gestalt erfolgen, daß die Gefahr, dadurch eine Entfremdung einzelner Gruppen zu verursachen, völlig ausgeschlossen wird. Einen begründeten Fortschritt auf diesem Wege heißt der Beschluß der Deutschen Volkspartei dar, die Schuldfrage wegen des Scheiterns der Einheitsliste vor den Wahlen nicht weiter zu erörtern, um die Stimmkraft der bürgerlichen Wahlbewegung nicht zu schwächen. Das Bürgerium muß den Blick nicht auf das Trennende, sondern auf das Gemeinsame, das Verbindende richten und deshalb sich gewissenhaft zur Nichtstun nehmen, was seine hauptsächlichsten politischen Exponenten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sowie die Wirtschaftspartei, miteinander verabredet haben. Es ist angebracht, sich des genauen Inhalts dieser Abmachungen zu erinnern. Danach sind die genannten Parteien sich darüber einig, daß alle Beteiligten die sich um die Einheitsliste bemüht haben, also auch die Demokraten, insbesondere aber die drei großen Rechtsgruppen, „nach wie vor befreit sein müssen alles daran zu setzen, um eine nichtsozialistische Mehrheit im Landtagswahlkampf zu erringen“. Sie sind sich ferner darüber einig, „daß die drei kräftigen Fraktionen nach der Wahl zu einer vertrauensvollen Beherrschung der Landesregierung zusammenzutreten sollen“. Das ist der richtige Weg, der zum Siege führen muß, wenn er allerorts loyal innegehalten wird. Denn, aber auch nur dann, werden Sachsen Land und Volk gut beraten sein und den Ansturm des Radikalismus nicht zu fürchten brauchen.

Die Tagung des Internationalen Arbeitsamtes.

Ein scharfer französisch-italienischer Zusammenstoß. Genf, 16. Oktober. In der Freitagsnachmittags-Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes kam es bei der Diskussion über die in dem Bericht des Direktors erwähnte Frage der landwirtschaftlichen Gewerkschaften zu einer erregten Debatte zwischen dem französischen Arbeiterführer Joubaux und dem italienischen Regierungsvorsteher. Der französische Vertreter stellte in der Sitzung den Antrag, das Internationale Arbeitsamt möge eine Untersuchung der Vorgänge in der italienischen Landwirtschaft in Rom einleiten. Die italienische Regierung hat vor einiger Zeit ungefähr 100 Arbeiter dieser Gemeinde, die den sozialistischen landwirtschaftlichen Gewerkschaften angehören und nicht den landwirtschaftlichen Gewerkschaften beigetreten waren, mit deren Familien nach Sogona umgesiedelt und sie dort in Arbeiterkolonien untergebracht. Joubaux wandte sich mit scharfen Ausdrücken gegen diese Maßnahme der italienischen Regierung, die er als nicht zu rechtfertigende Einschränkung der Freiheit der Arbeiterklasse bezeichnete. In lebhaften Ausführungen wandte sich der italienische Regierungsvorsteher gegen diesen Antrag. Die Maßnahme der italienischen Regierung stelle keineswegs eine Vergewaltigung der Freiheit der Arbeiterklasse dar.

Der Antrag des französischen Delegierten Joubaux wurde im Laufe der Diskussion vom Direktor Thomass mit dem Bemerkten beantwortet, daß das Internationale Arbeitsamt nicht in der Lage sei, in einem Lande Untersuchungen über bestimmte Vorkänge ohne die Zustimmung der Regierung dieses Landes vorzunehmen zu lassen. An der Debatte beteiligte sich auch der italienische sozialistische Arbeiterdelegierte. Er betonte, daß in Italien nur diejenigen Arbeiter Arbeit erhielten, die den landwirtschaftlichen Gewerkschaften angehören. Es könne unter diesen Umständen keine Rede von einer Freiheit der Arbeiterklasse sein.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, das Landwirtschaftsamt des Internationalen Arbeitsamtes, das bisher aus 6 Mitgliedern und zwar aus 3 Vertretern des Arbeitsamtes und 3 Vertretern des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom bestand, um 6 weitere Mitglieder und zwar um 3 Arbeiter und 3 Arbeitervertreter zu erweitern. Ferner wurde beschlossen, daß der Direktor des Arbeitsamtes die amerikanische Regierung auffordern möge, einen Sachverständigen zur Teilnahme an der Untersuchung des Arbeitsamtes über die Lage der Einzelnen-Arbeiter in den Kolonialgebieten zu entsenden. Man nimmt an, daß die Verhandlungen des Verwaltungsrates heute ihren Abschluß finden werden. (Z. U.)

Tagung des Internationalen Genossenschaftsbundes.

Hamburg, 16. Oktober. Der Zentralvorstand und Ausschuss des Internationalen Genossenschaftsbundes, der in 34 Ländern etwa 25000 genossenschaftliche Organisationen mit 50 Mitgliedern vereint, und mit einem Jahresumsatz von 15 bis 20 Milliarden Reichsmark an der Weltwirtschaft beteiligt ist, hält in diesen Tagen in Hamburg eine Sitzung ab, die der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und der Vorbereitung der für August nächsten Jahres nach Stockholm einberufenen internationalen Genossenschaftstagung gewidmet ist. Auf der Hamburger Tagung sind etwa 400 Väter durch 45 Delegierte vertreten die gestern abend durch den Senat im Rathaus empfangen wurden. Bürgermeister Dr. Petersen begrüßte die Gäste. Der Präsident des internationalen Genossenschaftsbundes sprach in herzlichen Worten seinen Dank für den freundlichen Empfang aus und betonte, er sei sicher, daß die Genossenschaften in allen Ländern alle Kräfte einbringen würden, um sowohl für den sozialen Frieden wie für den allgemeinen Frieden tätig zu sein. (W. Z. B.)

Für Erleichterung der landwirtschaftlichen Kreditverpflichtungen.

Berlin, 16. Okt. Die deutsch-nationale Fraktion des Preussischen Landtages weist in einem Antrag darauf hin, daß vom November 1926 bis Januar 1927 über 400 Millionen Reichsmark aus öffentlichen Mitteln stammende landwirtschaftliche Wechsel fällig werden. Es bestünde kein Zweifel darüber, daß die Rückzahlung auch nur eines größeren Teiles dieser Summe ohne Existenzverpflichtungen unmöglich ist. Es wird daher beantragt, das Staatsministerium zu ersuchen, für eine weitgehende Prolongation dieser Wechsel Sorge zu tragen.

Die volksparteiliche Fraktion des Preussischen Landtages weist in einem Antrag darauf hin, daß die Preussische ihre an die Landwirtschaft gegebenen Kredite bis Ende November zurückfordert. Eine Rückzahlung der gesamten Summe sei aber für die Landwirtschaft aus den Erträgen der diesjährigen Ernte zurzeit unmöglich. Das Staatsministerium sei aber ersucht, für eine Verlängerung der Rückzahlungsstermine einzutreten, und unter Berücksichtigung der fälligen Steuertermine einen bestimmten Tilgungsplan für sämtliche Staatskredite aufzustellen und die Rückzahlung des letzten Drittels bis nach der Ernte des Jahres 1927 zu verschieben.

Neuer internationaler Zusammenschluß in der Farbenindustrie.

Newyork, 16. Oktober. Der bekannte Heidelberger Chemiker, Prof. Bergius, einer der Hauptfinder auf dem Gebiete der Herstellung flüssigen Brennstoffs aus Kohle, ist jetzt in Newyork eingetroffen, um in Pittsburg einen Vortrag zu halten. In Newyorker Bankkreisen will man allerdings wissen, daß der wirkliche Hintergrund in den Verhandlungen zwischen der Standard Oil-Company und der J. W. Farbenindustrie besteht, die unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden, und sich auf das Vergütungsverfahren beziehen sollen. Dieses Verfahren betrifft bekanntlich die Herstellung von Petroleum aus Kohle. Man glaubt, daß die Standard Oil-Company und die J. W. Farbenindustrie die Errichtung einer amerikanischen Farbenfabrik zur Auswertung Bergius' Patente beabsichtigen, und man will wissen, daß der Verhandlungsverlauf nahe bevorsteht.

Vor einem deutsch-französischen Kalk-Abkommen.

Paris, 16. Oktober. Die „Journé Industrielle“ meldet, haben die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Kalkindustrie vor dem Abschluß. In der nächsten Woche findet eine Sitzung in München statt. Im nächsten Monat wird in Paris eine offizielle Konferenz stattfinden, auf der der endgültige Text des Abkommens festgelegt werden wird. (Z. U.)

Der Fall Dormmüller erledigt?

Berlin, 16. Oktober. Die Besprechung zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Präsidenten des Verwaltungsrates der Reichsbahn, Herrn v. Siemens, fand heute mittag statt. Mit dieser Unterredung dürften nunmehr endlich die letzten Differenzen im Falle Dormmüller beigelegt sein. Das endgültige Resultat der Besprechung wird dem Kabinettsrat vorgelegt werden, der dann dem Reichspräsidenten die Bestätigung Dormmüllers empfehlen wird.

Brandenburg, 16. Okt. Der Reichspräsident ist, von Brandenburg kommend, nach Mitternachts in Groß-Schwäpfer angekommen, wo er auf dem Gute des Freiherrn v. Marenholtz bis Montag zu bleiben gedenkt. (W. Z. B.)

Zentrumsbeschwerden über das Reichsbanner.

Ausprache zwischen Marx und Göring.

Berlin, 16. Okt. Da der am 31. Oktober in Erfurt zusammengetretene Reichsparteiausschuss des Zentrums sich auch mit der Frage der Stellung des Zentrums zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold befassen wird, und da die Haltung des Reichsbanners bei vielen Zentrumsangehörigen stärksten Widerspruch ausgelöst hat, hat der Reichsanführer Marx, der zur Kur in Bad Nauheim weilte, mit dem ebenfalls zur Kur in Schierke weilenden Oberpräsidenten Göring, dem Führer des Reichsbanners, eine Ausprache gehabt. Reichsanführer Marx legte dem Reichsbannergeneral die Beschwerden vor, die man von Zentrumsseite aus gegen das Reichsbanner vorbringt, und bat ihn, im Interesse eines weiteren guten Einverständnisses zwischen Reichsbanner und Zentrumspartei für Abhilfe zu sorgen. Oberpräsident Göring sagte zu den vorgebrachten Beschwerden auf den Grund zu gehen, und soweit das nötig sei, für Abhilfe zu sorgen. Ob allerdings der Reichsparteiausschuss des Zentrums sich mit den Ausforderungen, die Reichsanführer Marx von Göring erhalten konnte, begnügen wird, steht noch dahin. Bekanntlich sind schon seit längerer Zeit verschiedene Zentrumsorganisationen dazu übergegangen, ihre Mitglieder öffentlich anzufordern, sich dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nicht anzuschließen.

Hauptversammlung des Reichsbürgerrats.

Hamburg, 16. Okt. In der Hauptversammlung des Reichsbürgerrats erhaltete zunächst das geschäftsführende Präsidium einen eingehenden Bericht über seine Tätigkeit, insbesondere über die Stellungnahme seines Vorsitzenden, des Staatsministers v. Voebell, zu der Reichspräsidentenwahl und zum Volksentscheid. Es wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Die Hauptversammlung spricht dem geschäftsführenden Präsidium ihre Billigung zu seiner Haltung bei der Reichspräsidentenwahl aus und erwartet, daß bei allen politischen Fragen, die über den Rahmen der Parteipolitik hinausgehen, der Reichsbürgerrat führend hervortritt.“ In der darauf folgenden Wahl wurde einstimmig Herr v. Voebell wiederum zum Präsidenten gewählt, der bisherige zweite Vorsitzende des Rates, Herr Menckens (München) wurde ebenfalls wiedergewählt. (Z. U.)

Ausbau der russischen Vertragspolitik.

Die Verhandlungen mit den Randstaaten.

Moskau, 16. Oktober. Die russisch-litauischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages werden Anfang nächster Woche beginnen. Die veranlaßt, besteht russischerseits die Absicht, den russisch-litauischen Handelsvertrag nach dem Muster des deutsch-russischen zu gestalten. Der russisch-estländische Vertrag, über den gleichfalls in den nächsten Tagen Verhandlungen beginnen, soll in seinem Hauptzweck die gleichen Formulierungen wie der russisch-litauische Vertrag enthalten. Er wird sich von ihm vorwiegend nur durch einen Zusatz bezüglich der Inseln Döbel und Rago unterscheiden. Auch die Frage der Neutralität im Falle eines Konfliktes zwischen einem dritten Macht wird vertraulich festgelegt werden. Die Sowjetregierung hofft, die Verhandlungen mit Lettland bis Ende d. J. abzuschließen zu können. (Z. U.)

Rußlands Ausgleichsveruche in China gelichtert.

Moskau, 16. Okt. Wie hier aus Peking berichtet wird, sind die Veruche der Sowjetregierung, den Konflikt zwischen dem Ausland und Tschangkaifol zu beizulegen, endgültig gescheitert, da es nicht möglich war, in den Fragen der chinesischen Eisenbahn und der Südmandschurischen Bahn eine Uebereinstimmung zu erreichen. Die japanische Regierung, die

Konstituierung der Liberalen Vereinigung in Bayern.

München, 15. Oktober. Die Liberale Vereinigung in Bayern hat sich heute konstituiert. Ein Vorstandsausschuss von 25 Mitgliedern wurde gewählt. Leiter des geschäftsführenden Vorstandes ist der frühere demokratische Führer im bayerischen Landtag, Dr. Samwer Schmidt. Die Liberale Vereinigung wird voraussichtlich noch vor Ablauf dieses Jahres mit einer größeren öffentlichen Kundgebung hervortreten.

Parteiabspaltungen in Wien.

Wien, 16. Okt. Die Blätter beschäftigen sich in eingehenden Artikeln mit der Demission des Kabinettsrates. In den Nachrichten wird allgemein hervorgehoben, daß es der Regierung gelungen sei, die Kontrollperiode für Österreich zu beenden und die Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich viel enger und herzlicher zu gestalten. Die Christlich-Soziale Gesamtpartei tritt auf Dienstag vormittag einberufen worden, um zu der Frage Stellung zu nehmen. Heute vormittag tritt die Oesterreichische Reichspartei zusammen, die sich ebenfalls mit der Demission Rameks beschäftigen wird. Man rechnet damit, daß die Wahl der neuen Regierung am Freitag kommender Woche stattfinden wird. Die Blätter besprechen als den einflussreichsten Nachfolger Rameks den alten Bundeskanzler Dr. Seipel. (Z. U.)

Die holländische Meuterei.

Amsterdam, 16. Okt. Die amtliche Untersuchung der Zwischenfälle in den Garnisonen Assen und Gebe ergab, daß die Angehörigen der in Frage kommenden Truppenteile keinerlei gerechtfertigte Klagen gehabt oder geäußert hätten. Die Stimmung der Truppen sei sämtlich zu beruhigen der untergeordnet worden. Die Ursache der Zwischenfälle sei in planmäßiger antimilitaristischer Propaganda zu erblicken. Anlässlich der an der Wehrsamverweigerung in Assen beteiligten Militärpersonen hätten schwere kriegsgerichtliche Strafen erhalten, während gegen einige andere noch ein Strafverfahren schwebte. In Gebe befanden sich neun Militärpersonen in Haft, die ebenfalls vor das Kriegsgericht gestellt werden sollten. (W. Z. B.)

Der russische Kampf gegen die Opposition

Moskau, 15. Oktober. „Pravda“ schreibt, die vollständige Niederlage der Opposition bei ihrem letzten Auftrieder verlangt eine klare Antwort, ob sich die Opposition nunmehr, nachdem sie sich von der Einmächtigkeit der gesamten Partei überzeugt hat, bedingungslos den Beschlüssen des Parteikongresses unterordnet oder die letzten Reste ihres Einflusses einbringen will. Die Partei fordert, daß die Opposition endgültig auf ihre Fraktionsfähigkeit verzichtet und sich als geschlossene Fraktion auflöst. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, so wird die Partei gezwungen werden, weitere Schritte gegen die Opposition zu unternehmen. Die Partei verlangt Garantien dafür, daß die Opposition jeden weiteren Versuch, eine neue Diskussion zu erzwängen, aufgibt und ihre Verleumdungen der Parteidisziplin unterläßt. (W. Z. B.)